

Antrag

der AfD-Fraktion

Erhöhung des Rundfunkbeitrags stoppen – Den Verfassungsbeschwerden der Landesrundfunkanstalten und des Zweiten Deutschen Fernsehens entgegentreten

Der Landtag möge beschließen,

1. dass er den Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betreffend die Verfassungsbeschwerden der Landesrundfunkanstalten (1 BvR 2524/24) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (1 BvR 2525/24) beitrifft;
2. dass er in dem oben bezeichneten Verfahren bis zum 30. April 2025 eine Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abgibt;
3. dass er sich in der Stellungnahme gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausspricht und substantiiert darlegt, dass die unterlassene Erhöhung des Rundfunkbeitrags die Landesrundfunkanstalten und das Zweite Deutsche Fernsehen nicht in der Rundfunkfreiheit oder anderen Grundrechten verletzt.

Begründung:

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und die Landesrundfunkanstalten haben am 19. November 2024 Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG erhoben (1 BvR 2524/24 und 1 BvR 2525/24). Sie rügen eine Verletzung der Rundfunkfreiheit aus Art. 5 Abs. 2 S. 2 Var. 2 GG. Den Bundesländern wird mit den Verfassungsbeschwerden ein Unterlassen vorgeworfen, die aktuelle Beitragsempfehlung der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) nicht umzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags ab 01.01.2025 um 0,58 Euro auf 18,94 Euro.

Mit Schreiben vom 8. Januar 2025 hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes dem Landtag die o. g. Verfassungsbeschwerden mit der Bitte um Beachtung übersandt. Gleichzeitig wurde dem Landtag bis zum 30. April 2025 die Möglichkeit eingeräumt, sich zu den Verfassungsbeschwerden zu äußern.

Das jährliche Budget für ARD, ZDF und Deutschlandradio hat im Jahr 2024 die Rekordsumme von über 10 Milliarden Euro erreicht und mittlerweile sogar überschritten¹. Davon entfielen im Jahr 2023 auf die neun ARD-Anstalten 7,250 Milliarden Euro, auf das ZDF 2,501 Milliarden Euro und das Deutschlandradio 276 Millionen Euro². Indessen kam die britische BBC im Jahr 2022 mit 5,3 Milliarden britischen Pfund (damals ca. 6,25 Milliarden Euro) und im Jahr 2023 mit 5,53 Milliarden Pfund aus³. France Télévisions kam 2021 auf etwa 2,8 Milliarden Euro, die italienische Rundfunkanstalt RAI auf 2,5 Milliarden Euro Gesamteinnahmen⁴. In allen Fällen konnte der Sendeauftrag vollständig erfüllt werden. Im Jahr 1954 hatte die Höhe des Rundfunkbeitrags (zusammengesetzt aus Fernseh- und Hörfunkgebühr) noch insgesamt umgerechnet 3,58 Euro betragen; auch damals konnte der Rundfunkauftrag vollumfänglich erfüllt werden.

Gleichzeitig machen die Landesrundfunkanstalten und das ZDF insbesondere in den letzten Jahren immer wieder mit Skandalen auf sich aufmerksam. So manipulierte das ZDF während des Bundestagswahlkampfes 2025 einen Beitrag über den Kanzlerkandidaten der CDU, Friedrich Merz⁵, und zeichnete sich ebenfalls während des Wahlkampfes bezüglich einer Wahlkampfsendung durch die politisch einseitige Einladung von Studiogästen aus⁶. Ferner verfälschte das ZDF-Morgenmagazin gezielt einen Beitrag von Elon Musk, um die AfD-Politikerin Beatrix von Storch öffentlich vorzuführen⁷. Der Hessische Rundfunk interviewte auf einer sogenannten „Demo gegen rechts“ eine eigene Mitarbeiterin, ohne dies kenntlich zu machen⁸, und der MDR zahlt dem ehemaligen Programmdirektor Klaus Brinkbäumer weiterhin ein Jahresgehalt in Höhe von 219.000 Euro für eine einfache Moderatortätigkeit⁹. Ebenso musste der MDR erst durch einen Gerichtsbeschluss und ein Ordnungsgeld des Landgerichts Berlin II dazu gezwungen werden, eine vorsätzlich unwahre und diffamierende Sendung über eine Privatperson zu löschen¹⁰.

¹ Vgl. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/oerr-mehr-als-zehn-milliarden-euro-fuer-ard-zdf-und-deutschlandradio/29051698.html>, <https://medienpolitik.eu/erstmal-mehr-als-10-milliarden-euro-gesamtbudget-des-deutschen-oeffentlich-rechtlichen-rundfunks/#:~:text=Die%20Addition%20der%20Zahlen%20aus,das%20Deutschlandradio%20276%20Millionen%20Euro.>

² Ebd.

³ Vgl. <https://variety.com/2023/global/news/bbc-deficit-commissioning-cuts-2023-24-annual-plan-1235568722/>, <https://medienpolitik.eu/erstmal-mehr-als-10-milliarden-euro-gesamtbudget-des-deutschen-oeffentlich-rechtlichen-rundfunks/#:~:text=Die%20Addition%20der%20Zahlen%20aus,das%20Deutschlandradio%20276%20Millionen%20Euro.>

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. <https://www.schwaebische.de/politik/manipulation-im-zdf-so-ist-der-oeffentlich-rechtliche-rundfunk-am-ende-3305123>.

⁶ Vgl. https://www.focus.de/politik/deutschland/zdf-widerspricht-sich-jetzt-selbst- verwirrung-um-publikum-bei-zdf-schlagabtausch-tiefpunkt-des-wahlkampfes_id_260702695.html, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/schlagabtausch-im-zdf-war-das-publikum-gezielt-gecastet-110283237.html>; <https://kress.de/news/beitrag/148849-noch-mehr-wirbel-um-schlagabtausch-publikum-zdf-muss-sein-statement-korrigieren.html>, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article255367216/ZDF-Schlagabtausch-Studenten-aus-eher-linken-Unis-im-Publikum-CDU-und-FDP-empoeren-sich.html>.

⁷ Vgl. <https://apollo-news.net/stimmungsmache-gegen-gesprch-mit-weidel-zdf-zeigt-manipulierten-musk-tweet/>.

⁸ Vgl. <https://www.welt.de/kultur/medien/article249680016/Rundfunk-ARD-Sender-interviewt-eigene-Mitarbeiterin-bei-Demo-gegen-Rechts.html>.

⁹ Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/mdr-ex-direktor-brinkbaeumer-bekommt-219-000-euro-fuer-fast-nichts-671f80e28409417a380c9f86>.

¹⁰ Vgl. <https://apollo-news.net/unwahre-ehrabtraegliche-aeusserung-gericht-erlaesst-einstweilige-verfuegung-gegen-mdr-wegen-klima-dokumentation/>, <https://apollo-news.net/gericht-verhaengt-ordnungsgeld-gegen-mdr-sender-ignorierte-einstweilige-verfuegung-nach-falschberichterstattung/>.

Der RBB-Skandal – beitragsrelevant auch für Sachsen – zeigt darüber hinaus die Spitze der Mittelverschwendung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es wurden beispielsweise private Urlaubsreisen und Dinner dienstlich abgerechnet, ein Audi A8 angemietet sowie italienisches Parkett verlegt¹¹. Bei der Planung von Prestigeobjekten wurden knapp 9 Mio. Euro ohne Gegenwert verbrannt¹². Gehälter ohne Arbeit und unerklärliche Zahlungen runden das Bild vom „Prunkfunk“ ab¹³. Der MDR leistet sich seit dem Frühjahr 2021 einen hauptamtlichen Vielfaltsmanager¹⁴, wofür keine gesetzliche Pflicht oder ein sonstiger triftiger Grund für die Rundfunkfreiheit ersichtlich ist.

Beitragserhöhungen sind vor diesem Hintergrund, der anhaltenden Misswirtschaft und Reformresistenz der Landesrundfunkanstalten und des ZDF nicht hinnehmbar. Zugleich kann der Sendeauftrag der vorgenannten Anstalten bereits jetzt sowie im Falle von Einsparungen vollumfänglich erfüllt werden. Auch die Regierungen anderer Bundesländer haben dies erkannt und stellen sich einer Beitragserhöhung entgegen¹⁵.

Es bedarf vor diesem Hintergrund eines politischen Signals auch des Sächsischen Landtags, dass dem Versuch des ZDF und der Landesrundfunkanstalten, die Erhöhung des Rundfunkbeitrags mittels Verfassungsbeschwerden „durchzudrücken“, entgegengewirkt wird. Hierzu soll der Sächsische Landtag gemäß § 94 Abs. 5 BVerfGG den Beitritt zum Verfahren erklären und die Möglichkeit nutzen, Stellungnahmen, die sich gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags aussprechen, zum Bundesverfassungsgericht abzugeben (§ 94 Abs. 1 BVerfGG).

Dresden, 11.03.2025



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 11.03.2025

Jörg Urban, MdL und Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg, MdL
AfD-Fraktion

¹¹ Vgl. <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/rbb-ffaere-patricia-schlesinger-finanzierte-urlaubsreisen-mit-den-beitragsgeldern/>; <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/beratervertraege-luxus-dienstwagen-abendessen-auf-rbb-kosten-wie-es-zum-ruecktritt-der-ard-chefin-patricia-schlesinger-kam-a/>.

¹² Vgl. <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/kein-geld-keine-akzeptanz-rbb-will-plaene-fuer-digitales-medienhaus-beenden-und-fast-neun-millionen-euro-wegwerfen-a/>.

¹³ Vgl. <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/liebesbeziehungen-an-der-rbb-spitze-manager-kassierengeld-fuers-nichtstun-neue-enthuellungen-bringen-intendant-brandstaeter-in-die-bredouille-e/>; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/rbb-skandal-patricia-schlesinger-bot-kulturradiochefin-450-000-euro-18614425.html>.

¹⁴ Drs. 7/13234, Geschäftsbericht des MDR für das Jahr 2021, S. 23.

¹⁵ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/offentlich-rechtlicher-rundfunk-bundeslander-sehen-geplante-beitragserhoehungen-skeptisch-9654038.html>, Drucksache 8/1266 - Vorunterrichtung des Sächsischen Landtages über den Entwurf des Staatsvertrages zur Reform des Verfahrens zur Festsetzung des Rundfunkbeitrages (Rundfunkfinanzierungsänderungsstaatsvertrag) in der Fassung vom 12. Dezember 2024, Seite 4, Protokollerklärung des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaats Bayern.